

Die Stadt Zürich hat genug vom Atomstrom

76 Prozent der Stimmenden in der Stadt haben Ja gesagt zur massiven Reduktion des Energieverbrauchs – und damit zum mittelfristigen Verzicht auf Kernenergie.

Von **Jürg Rohrer**

Zürich. – Die Stimmberechtigten haben am Sonntag überaus deutlich einer Ergänzung der Gemeindeordnung zugestimmt, die nur von der SVP abgelehnt worden ist. In der städtischen Verfassung wird jetzt konkret festgeschrieben, dass die Stadt bis zum Jahr 2050 ihren Energieverbrauch pro Einwohner und Jahr auf 2000 Watt senkt (heute 6000), dass sie den Kohlendioxid-Ausstoss auf 1 Tonne pro Kopf reduziert (heute 6 Tonnen CO₂) und dass sie keine neuen Beteiligungen und Bezugsrechte an Kernenergieanlagen einget. Gegenwärtig stammen noch zwischen einem Drittel und der Hälfte des Stroms, der in der Stadt konsumiert wird, aus Gösigen und Leibstadt sowie aus Cattenom und Bugey. Die ersten Konzessionen mit Frankreich laufen 2021 aus, mit Gösigen um 2039 und mit Leibstadt um 2044.

Alle Wahlkreise in Zürich haben gestern dem Ausstieg und dem Energiesparen zugestimmt. Am deutlichsten der linke Wahlkreis 4+5 mit fast 85 Prozent; am zurückhaltendsten war Schwamendingen mit knapp 68 Prozent Ja. Gesamthaft betrug der Ja-Anteil 76,4 Prozent. Zum Vergleich: 2003 lehnten die Stadtzürcher Stimmenden die eidgenössische Volksinitiative «Strom ohne Atom» mit 46 Prozent

Ja-Anteil ab; 1990 hingegen hatten sie die Volksinitiative für den Ausstieg mit 53 Prozent gutgeheissen.

Mit Wind und Erdwärme starten

Stadtrat Robert Neukomm (SP), der Vorsteher des Gesundheits- und Umweldpartementes, sprach von einem wegweisenden Entscheid für die Umwelt in Zürich, der ihn sehr glücklich mache. Es handle sich um eine Weichenstellung für mindestens zwei Generationen von Menschen und zehn Generationen von Politikern. Dafür sei ein langer Atem nötig, Bund und Kanton müssten mitziehen, und es werde gewiss auch Misserfolge geben.

Wichtig sei, rasch die ersten Schritte zu unternehmen, etwa mit der Tiefenbohrung im Triemli oder der 100-Millionen-Vorlage für Windenergie. Stadtrat Andres Türlér (FDP), der Vorsteher der Industriellen Betriebe, freute sich besonders über die hohe Stimmbeteiligung, die dem klaren Ja zugrunde liege. Das zeige, dass sich die Bevölkerung mit diesem komplexen Thema auseinandergesetzt habe. Er sei stolz auf die Zürcherinnen und Zürcher, die jetzt denselben Pioniergeist gezeigt hätten wie vor etwa 105 Jahren, als sie dem Bau der Hochspannungsleitung aus Graubünden zugestimmt hätten – trotz Opposition von ETH-Gutachtern.

Eine besondere Freude über das «überdeutliche Ja» erfüllte die Grünen, deren Volksinitiative «Umweltschutz konkret» der Anlass für die Ergänzung der Gemeindeordnung gewesen war. Das Ziel sei ehrgeizig; die Zürcherinnen und Zürcher hätten ihre Verantwortung angesichts des Klimawandels wahrgenommen. Die FDP

betonte, mit dem Ja zu dieser Vorlage seien die Kernenergiebezüge bis mindestens 2040 gesichert.

Gegner hoffen auf den Kanton

Das Komitee gegen ruinöse Energiepolitik, dem der städtische Gewerbeverband, die City-Vereinigung und der TCS angehören, schrieb, die Stimmbürger hätten sich verführen lassen – zum Nachteil fast aller. Die Stromkosten würden in die Höhe schnellen, weil sich die Stadt die Möglichkeit verbaut habe, günstigen Strom zu kaufen. Das Komitee verlangt, dass der Stadtrat die Fakten auf den Tisch legt, wie er die ambitionierten Ziele erreichen will. Zur Nachhaltigkeit gehörten nicht nur ökologische, sondern vorab auch sozial verträgliche und wirtschaftlich vernünftige

Lösungen. Das Komitee für eine sichere Energieversorgung, dem unter anderem der kantonale Gewerbeverband angehört, hofft auf den Kanton, dass er bei der Stadt korrigierend eingreifen werde.

Ausstieg aus der Atomenergie

Kreise	Ja	Nein	% Ja
Kreis 1+2	7539	2499	75,1
Kreis 3	8814	2148	80,4
Kreis 4+5	7123	1272	84,8
Kreis 6	7272	1728	80,8
Kreis 7+8	11 877	3817	75,7
Kreis 9	8189	3078	72,7
Kreis 10	8546	2617	76,6
Kreis 11	9420	3509	72,9
Kreis 12	3319	1587	67,7
Stadt Zürich	72 099	22 255	76,4
Stimmbeteiligung: 46,4 %			

KOMMENTAR

Ein Ja, das nicht wehtut

Von **Janine Hosp**

Als erste Gemeinde der Schweiz schreibt die Stadt Zürich in ihrer Verfassung fest, dass sie ihre Beteiligungen an Kernkraftwerken auslaufen lässt, und zwar bis 2044. Zudem verpflichtet sie sich ganz grundsätzlich dazu, nachhaltig zu handeln. Eine überraschend grosse Mehrheit – 76 Prozent der Stimmenten – hat die Vorlage unterstützt.

Dass Zürich vorangeht, ist kein Zufall, denn die Stadt bringt für die Pionierrolle ideale Voraussetzungen mit: Sie deckte schon 2007 nur etwa ein Drittel ihres Energiebedarfs mit Kernenergie. Das städtische Elektrizitätswerk verfügt über grosse Erfahrung mit erneuerbarer Energie – und über volle Kassen, um sie zu fördern. Und schliesslich zeigen sich die Städte, die übermässig unter Lärm und Abgasen leiden, besonders aufgeschlossen gegenüber Massnahmen zugunsten der Umwelt.

Das klare Abstimmungsergebnis ist auch ein Weckruf aus Zürich an die ganze Schweiz, endlich ernst zu machen mit dem Umweltschutz. Hierzulande hatten Umwelthanliegen in den vergangenen Jahren einen schweren Stand. Entwicklungen wie der Solarboom wurden gar verschlafen. Und während Zürich über den Atomausstieg diskutierte, arbeiteten Stromkonzerne mit Hochdruck Rahmenbewilligungsgesuche für drei Kernkraftwerke aus.

Bei aller Begeisterung von Stadtrat und Grünen darf man aber eines nicht übersehen: Die Zürcherinnen und Zürcher haben gestern nur eine Vorlage angenommen, die nicht wehtut. Der langfristig geplante Atomausstieg ist noch so weit weg, dass ihn viele gar nicht mehr erleben werden. Und sollten die Nachteile einmal zu gross werden, dann könnte die nächste Generation den heutigen Entscheid auch wieder umstossen.